

Antrag L001: Finanzplatz Frankfurt

Antragsteller:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 **Ein starker Finanzplatz ist Grundvoraussetzung für eine starke**
- 2 **Volkswirtschaft – Frankfurt zum führenden europäischen Finanzzentrum**
- 3 **machen**
- 4 Wohlstand, Arbeitsplätze, Wachstum und Innovation brauchen starke Finanz- und
- 5 Kapitalmärkte.
- 6 Unternehmen sind auf verlässlichen, sicheren und schnellen Zugang zu Liquidität
- 7 angewiesen. Produktion und Vertrieb von Gütern und Dienstleistungen benötigen
- 8 Finanzierung. Ohne Kapital, das Risiko trägt, sind Investitionen und Innovationen
- 9 nicht möglich. Nur so entstehen neue Arbeitsplätze und neue Technologien. Den Finanz-
- 10 und Kapitalmärkten kommt zudem eine besondere Bedeutung bei der Weiterentwicklung und

- 11 Sicherung der Altersvorsorge und dem Vermögensaufbau breiter Bevölkerungsschichten
- 12 zu. Die angebotenen Finanzprodukte und Finanzdienstleistungen müssen diesen
- 13 verschiedenen Anforderungen entsprechend Rechnung tragen, vielfältig sein und dafür
- 14 einen Mehrwert bieten.
- 15 Dieser zentralen, dienenden Rolle in unserer Volkswirtschaft müssen Kapitalmärkte
- 16 bestmöglich gerecht werden können. Dazu sind aber mehr Anstrengungen von Politik,
- 17 Aufsicht, aber auch seitens der Finanzindustrie notwendig, um den Finanzplatz
- 18 Deutschland stabil, wettbewerbsfähig und technologisch zukunftsfest zu machen. Unter
- 19 dem regulatorischen Blickwinkel ist unser Motto: So viel Bürokratie wie nötig, um das
- 20 Vertrauen in die Finanz- und Kapitalmärkte zu sichern und so wenig wie möglich. Wir
- 21 erwarten aber auch von der Finanzindustrie selbst die Übernahme von mehr
- 22 Eigenverantwortung.
- 23 Weltweit konzentrieren sich wichtige Finanzunternehmen und Finanzinstitutionen auf
- 24 wenige Orte. Entsprechend gibt es nur wenige bedeutende Finanzplätze. Dominierendes
- 25 Zentrum des Finanzsektors in Deutschland ist Frankfurt am Main. Die Ansiedlung und
- 26 Schaffung wichtiger Institutionen übt eine Sogwirkung auf weitere Finanzinstitute
- 27 aus. Eine entsprechende Clusterpolitik, also die Schaffung einer einzigartigen
- 28 Standortkonzentration, ist heute wichtiger denn je. Trotz Digitalisierung ist die
- 29 enge Vernetzung vor Ort zwischen allen beteiligten Institutionen und Personen nach
- 30 wie vor ein wesentlicher Erfolgsfaktor.
- 31 Auch als Folge des Brexit sind zahlreiche Chancen für Frankfurt entstanden. Mit
- 32 Einzelmaßnahmen, wie der Flexibilisierung des Kündigungsrechts für gutverdienende

33 Bankmanager, hat die Bundesregierung durchaus versucht, auf die Situation zu
34 reagieren. Wenige Einzelmaßnahmen ersetzen aber kein Gesamtkonzept, das bislang
35 fehlt.

36 **Eine kluge Standortpolitik muss daher drei Ziele verfolgen:**

37 **1. Ein moderner Finanzplatz braucht eine Regulierung, die kompetent und verlässlich**
38 **ist und die Innovationen zulässt.**

39 **2. Ein moderner Finanzplatz ist digital.**

40 **3. Ein moderner Finanzplatz ist europäisch.**

41 **1. Ein moderner Finanzplatz braucht eine Regulierung, die kompetent und verlässlich**
42 **ist und die Innovationen zulässt**

43 Nach der Finanzkrise 2008 wurde die gesamte Finanzbranche reguliert. Kein Stein blieb
44 auf dem anderen. Wichtige Brandschutzmauern zum Schutz vor einer weiteren Krise
45 wurden hochgezogen. Aus ordnungspolitischer Sicht sind regulatorische Maßnahmen nicht
46 nur nützliche, sondern zwingend notwendige Instrumente. Der Staat muss sie einsetzen,
47 um für Wettbewerb zu sorgen und die Freiheit des Einzelnen vor negativen
48 Einflussnahmen anderer zu schützen. Eine kluge Finanzmarktregulierung muss das
49 Spannungsfeld zwischen Verbraucherschutz, bürokratiearmen Regelungen für Unternehmen
50 und Innovationsförderung in Einklang bringen.

51 Wir brauchen allerdings eine fortwährende Prüfung, inwieweit unsere Regulierung dem
52 Ziel der Finanz- und Kapitalmarktstabilität Rechnung trägt oder im internationalen
53 Vergleich die Wettbewerbsbedingungen des Finanzplatzes erschwert. Die Reformen der
54 letzten Jahre, insbesondere die Aufarbeitung der Finanzmarktkrise, haben nicht selten
55 eine ausgewogene Balance zwischen Regulierung, Freiraum für Innovationen und geringen
56 Bürokratiekosten verfehlt.

57 Neue Regulierung muss stärker als bislang die Bürokratiekosten sowie die
58 Wechselwirkungen mit bestehenden Vorgaben berücksichtigen.

59 Die Bundesregierung beschränkt sich bisher allerdings im Wesentlichen auf
60 Schadensbegrenzung, zunächst der Folgen der Finanzmarktkrise und inzwischen des
61 Wirecard-Skandals. Im Falle von Wirecard konnte noch nicht einmal ein erheblicher
62 Schaden für den gesamten Standort Deutschland abgewendet werden. Das Zusammenspiel
63 der zahlreichen Akteure in der Causa Wirecard stellt so unterschiedliche
64 Institutionen wie die Finanzaufsicht BaFin, die Deutsche Prüfstelle für
65 Rechnungslegung (DPR), die mandatierte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, aber auch die
66 Deutsche Börse AG und den Aufsichtsrat der Wirecard AG an den Pranger. Und da bei
67 einem so großen Schadensfall ein Systemversagen und ein nicht funktionierendes
68 Ineinandergreifen der vorgenannten Institutionen in Rede steht, gehören auch alle
69 genannten Institutionen und ihre Wirkweisen auf den Prüfstand. Der Skandal stellt
70 insbesondere den Aufsichtsbehörden ein denkbar schlechtes Zeugnis aus.

71 Eine Aufsicht, die selbst auf eindeutige Hinweise nicht adäquat reagiert, wird ihrem
72 Auftrag nicht gerecht. Der Fall Wirecard zeigt: Auch die unzähligen, hoch
73 komplizierten neuen Regeln können schwerste Schäden nicht verhindern, wenn sie nicht
74 durchgesetzt werden. Was wir sehen ist ein eklatantes Vollzugsdefizit.

- 75 Die durch die Finanzmarktkrise und den Wirecard-Skandal zu Tage getretenen Defizite
76 sind schonungslos zu analysieren. Der Regulierungsrahmen muss nachgebessert werden
77 und die vorhandenen Regulierungen auf ihre Effizienz überprüft werden.
- 78 Für gute Wettbewerbsbedingungen ist bei der Ausgestaltung der Banken-Regulierung den
79 spezifischen Interessen der deutschen Kreditwirtschaft und des Finanzplatzes
80 Frankfurt Rechnung zu tragen. Nicht zwingend erforderliche Vorschriften und Maßnahmen
81 sind abzubauen.
- 82 „KMU-Banken“, i.d.R. Regionalbanken, werden mit einer überproportionalen
83 regulatorischen Last im Vergleich zu anderen Wettbewerbern hohe Kosten auferlegt. In
84 der Regel haben sie die gleichen regulatorischen Anforderungen zu erfüllen wie
85 internationale Großbanken. Den hohen Kosten durch die Regulierung steht
86 widersprüchlicher Weise in der Regel ein geringes systemisches Risiko gegenüber. Bei
87 der Regulierung müsste verstärkt das Prinzip der Verhältnismäßigkeit angewendet
88 werden.
- 89 Die europäischen Großbanken zeichnen sich immer stärker durch einen Bedeutungsverlust
90 im Vergleich mit/verglichen ihren amerikanischen und chinesischen Konkurrenten aus
91 (gemessen an Marktkapitalisierung und Rentabilität). Bei vielen
92 Finanzdienstleistungen hat es Deutschland und Europa zudem nie geschafft, echte
93 Wettbewerber zur internationalen Konkurrenz hervorzubringen.
- 94 Dies sind Warnzeichen, die nicht länger ignoriert werden können. Bundes- und
95 Landesregierung sind aufgefordert,
- 96 • auf europäischer Ebene der drei-Säulen-Struktur des Bankensektors (privaten
97 Banken, öffentlich-rechtlichen Sparkassen und Landesbanken sowie
98 genossenschaftliche Institute) stärkere Beachtung zu verschaffen;
 - 99 • auf „Gold-Plating“ bei der Umsetzung von EU-Vorhaben zu verzichten und darauf zu
100 achten, dass mindestens im EU-Kontext gleiche Wettbewerbsbedingungen
101 sichergestellt werden;
 - 102 • eine Small-Banking-Box Das heißt, kleinere Banken sind entsprechend ihrer Größe
103 und dem systemischen Risiko bei den direkten und indirekten Kosten der
104 Regulierung (z.B. Kostenumlagen der Aufsicht, Personal- und IT-Kosten,
105 Beratungskosten) zu entlasten (Proportionalität);
 - 106 • eine Restrukturierung der Aufgaben der Finanzaufsicht, insbesondere der BaFin
107 durchzuführen. Diese muss auf mehr Risikoorientierung ausgerichtet werden, d.h.
108 Ressourcenschwerpunkte bei der Beaufsichtigung großer, internationaler Akteure
109 und nicht bei kleinen Finanzinstituten oder Finanzdienstleister zu setzen;
 - 110 • eine schlagkräftige, schnelle Eingreiftruppe der BaFin aufzubauen, die
111 mittelfristig in der Lage ist, sich bei Betrugsfällen eigenständig, schnell und
112 umfassend ein Bild von möglichen Missständen und Unregelmäßigkeiten zu
113 verschaffen;
 - 114 • eine für ganz Deutschland zuständige Schwerpunktstaatsanwaltschaft für
115 Bilanzbetrug zu schaffen, idealerweise in Frankfurt, wenn sich der Verdacht auf
116 systematischen oder gar bandenmäßigen Betrug bestätigen sollte;

- 117 • die Strafverfolgung von Bilanzbetrug im Bereich organisierter Kriminalität zu
118 zentrieren und die BaFin, das BKA und die Schwerpunktstaatsanwaltschaft
119 Frankfurt mit weiteren Zuständigkeiten zur Verfolgung von schwerer und
120 organisierter Kriminalität auszustatten und personell aufzustocken;
- 121 • die nationale und europäische Geldwäschebekämpfung zu stärken. Insbesondere die
122 Financial Intelligence Unit (FIU) ist hierzu personell zu stärken, sodass jeder
123 Verdachtsmeldung nachgegangen wird;
- 124 • auf eine Produktorientierung bei der Regulierung zu setzen, die sicherstellt,
125 dass vergleichbare Produkte vergleichbare Regulierungen nach sich ziehen,
126 unabhängig davon, ob es sich bei dem Anbieter um eine Bank, ein FinTech oder ein
127 IT-Unternehmen handelt;
- 128 • im Bereich des Verbraucherschutzes eine Entbürokratisierungsoffensive zu
129 starten, die auf klare, schlanke und nachvollziehbare Risikoinformationen setzt,
130 statt auf die Produktion überbordender Dokumentmassen, welche kaum noch erfasst
131 werden können; in diesem Zusammenhang werben wir für die Stärkung der
132 schulischen Bildung im Bereich der Kapital- und Finanzmärkte.

133 **2. Ein moderner Finanzplatz ist digital**

134 Die Digitalisierung von Finanzdienstleistungen lässt neue Unternehmen auf dem
135 Finanzmarkt auftreten. Infolgedessen wird es in den kommenden Jahren zu erheblichen
136 Verschiebungen in der Wertschöpfung und einer damit verbundenen Umwälzung
137 bestehender Strukturen kommen. Wer Gewinner und Verlierer dieses Strukturwandels sein
138 wird, ist noch nicht entschieden. Deutschland hat mit dem Finanzplatz Frankfurt gute
139 Chancen, auch weiterhin über einen starken Standort zu verfügen.

140 Eine Bank, die sich nicht zum Technologieunternehmen weiterentwickelt, wird es bald
141 nicht mehr geben. Deutschland als moderner Kapitalstandort muss das Geschäft der
142 Zukunft verstehen und daraus Wertschöpfung generieren. Wenn wir allerdings so
143 weitermachen wie bisher, werden weder die bestehenden Institute noch neue europäische
144 FinTechs international eine Rolle spielen.

145 Neben einer Risikobetrachtung neuer Technologien und Geschäftsmodelle müssen immer
146 auch die Chancen jener Technologien und Geschäftsmodelle gesehen und aktiv gefördert
147 werden.

148 Schriftform- oder Urkundenerfordernisse stammen aus der Vergangenheit und erschweren
149 die Digitalisierung hierzulande. **Deutschland benötigt eine innovationsfreundliche
150 Regulierung, die an das Ziel des Leitbildes der Technikneutralität angepasst werden
151 muss.**

152 Die Blockchain-Technologie ist dabei zu fördern. Mit dem Gesetzentwurf zur Einführung
153 von elektronischen Wertpapieren („eWpG“) geht die Bundesregierung einen überfälligen
154 Schritt. So können Anleihen und Investmentfonds zukünftig auch in rein digitaler Form
155 ausgegeben werden. Bei Aktien ist dieser Schritt allerdings noch nicht vorgesehen. Er
156 muss umgehend folgen, so dass auch diese Werte „dematerialisiert“ werden können. Der
157 Regulierungsvorschlag ist auch in anderen Teilen zu restriktiv. Das eWpG ist kein
158 “Sandbox-Gesetz” und sieht für die Begebung elektronischer

159 Inhaberschuldverschreibungen einen Regulierungsrahmen vor, wie er derzeit von
160 etablierten Marktteilnehmern für herkömmliche Emissionen bewältigt werden kann. Der
161 Blockchain-Markt wird indessen maßgeblich von Startups entwickelt, geprägt und
162 vorangetrieben. Der Entwurf wird diesem Sachverhalt infolge der darin vorgesehenen
163 sehr hohen finanziellen und regulatorischen Anforderungen nicht gerecht, da diese
164 Startups strukturell vom Markt für elektronische Wertpapiere aussperren.

165 Die Einführung eines digitalen und programmierbaren Euros (E-Euro) sollten zudem viel
166 intensiver geprüft und begleitet werden.

167 Es bedarf darüber hinaus für der Entwicklung echter europäischer Cloud-Systeme, um
168 IT-Systeme grenzüberschreitend einsetzen zu können.

169 Big Data und KI sind auch im Finanzbereich wesentliche Innovationstreiber. Umso
170 bedauerlicher ist der gewaltige Rückstand Deutschlands im Bereich der
171 Digitalisierung. Dabei bringen Big Data und KI nicht nur für private Finanzinstitute
172 Vorteile. Gerade auch die Überwachung der Finanzmärkte sowie die Geldwäschebekämpfung
173 ließen sich mit neuen Technologien viel effizienter durchführen.

174 **Um die Digitalisierung des deutschen Finanzmarktes voranzutreiben und den Finanzplatz
175 Frankfurt zu stärken, sollte(n)**

- 176 • die Durchführung von
177 Online-Hauptversammlungen (entweder als reine Online-
178 Hauptversammlung oder als Hybrid-Hauptversammlung) dauerhaft – nach
179 individueller Entscheidung durch die Unternehmen – ermöglicht werden, allerdings
180 mit der Maßgabe, dass (1) das Fragerecht der Aktionäre bei Online-
181 Hauptversammlungen mindestens identisch mit dem einer Präsenz-Hauptversammlung
182 ausgestaltet wird, um z.B. auch Fragen während der Online-Hauptversammlung
183 selbst und Nachfragen dort zu ermöglichen und es nicht im pflichtgemäßen
184 Ermessen des Vorstandes verbleibt, bis wann Fragen eingereicht werden können (2)
185 dauerhaft die Möglichkeit geschaffen wird, Fragen vorab einzureichen und diese
186 Fragen auch allen Aktionäre zugänglich gemacht werden, (3) eine Möglichkeit des
187 direkten Austausches und der Diskussion auch über eine Online-Teilnahme
188 geschaffen wird, (4) die Stimmrechtsabgabe bis zum Zeitpunkt der Schließung des
189 jeweiligen Tagesordnungspunktes ändern zu können, (5) einheitliche Vorgaben für
190 eine rechtssichere elektronische Stimmabgabe für jede Form der Hauptversammlung
191 geschaffen werden;
- 192 • Rahmenbedingungen für rechtswirksame digitale Identitäten geschaffen werden;
- 193 • Finanzdienstleistungen vollständig digital durchgeführt werden können. Dazu ist
194 es notwendig, gesetzliche Vorschriften entsprechen zu ändern. Noch bestehende
195 gesetzliche Schriftformerfordernisse und Beurkundungserfordernisse müssen über-
196 prüft/auf den Prüfstand gestellt und, wo möglich, durch digitale Formen ersetzt
197 werden;
- 198 • die Tech-Expertise in Ministerien und den nationalen Aufsehern weiter gestärkt
199 werden. Dazu ist der verstärkte personelle Austausch zwischen den nationalen und
200 europäischen Aufsichtsbehörden zu regeln;

- 201 • Erprobungszonen (Regulatory Sandboxes) für FinTechs und InsurTechs nach dem
202 Beispiel Großbritanniens eingeführt werden. Dort können die Firmen ihr
203 Geschäftsmodell für einen begrenzten Zeitraum, einen begrenzten Kundenkreis und
204 unter der Aufsicht und Anleitung der Aufsicht testen, ohne alle
205 aufsichtsrechtlichen Anforderungen erfüllen zu müssen;
- 206 • die Regulatorik an das Ziel des Leitbildes der Technikneutralität angepasst
207 werden. Im Wertpapierbereich müssen urkundenlose Emissionen gleichberechtigt
208 neben urkundenbasierte Emissionen stehen. Hierzu bedarf es ein sicherer
209 Rechtsrahmen für Wertpapiere in den Distributed-Ledger-Technology-Systemen, d.h.
210 auf dezentralen Datenbanken;
- 211 • ein programmierbarer E-Euro eingeführt werden, um einfacher
212 Wertschöpfungsprozesse auf der Blockchain durchführen zu können;
- 213 • große Inkubatoren und Akzeleratoren im Rhein-Main-Gebiet geschaffen werden, um
214 die strukturierte Zusammenarbeit zwischen Start-ups, dem privaten Sektor und der
öffentlichen Hand zu verbessern.

215 **3. Ein moderner Finanzplatz ist europäisch**

216 Unabhängig vom zukünftigen Abkommen zwischen der EU und Großbritannien und der damit
217 verbundenen Frage, wo Finanzdienstleistungen stattfinden und wie sie ausgestaltet sein
218 werden, muss Frankfurt mehr sein als das das Finanzzentrum der deutschen
219 Volkswirtschaft. Deutschland muss sich stärker bemühen, Frankfurt zum Finanzzentrum
220 des europäischen Binnenmarktes zu machen. Im Mittelpunkt der Diskussionen dürfen
221 dabei nicht (nur) die Vollendung der Bankenunion und die damit verbundene europäische
222 Einlagensicherung stehen. Vielmehr sollte umfassender das Ziel einer echten
223 Kapitalmarktunion verfolgt werden, damit endlich ein echter europäischer Bankenmarkt
224 entstehen kann. Nur eine Kapitalmarktunion kann sicherstellen, dass privates Kapital
225 wirtschaftliche Risiken in sehr viel höherem Maße als bisher übernimmt und
226 wirtschaftliche Schocks abfedert. Nicht die Staaten oder die Steuerzahler sollen
227 haften. Nur mit einer europäischen Kapitalmarktunion können europäische Banken im
228 internationalen Wettbewerb auf Augenhöhe mit den Banken in Nordamerika und Ostasien
229 agieren.

230 Die Schaffung eines echten europäischen Kapitalbinnenmarktes verlief in der
231 Vergangenheit zu schleppend. Die starke Fragmentierung beschert uns bisher viele
232 nationale Kapitalmärkte in Europa. Ein Flickenteppich der uns alle bremst.

233 Wir Freien Demokraten stehen für eine Innovationsunion im Kapitalmarkt und lehnen
234 eine Schuldenunion ab. Dazu sind jetzt unverzüglich Schritte nach vorne notwendig.
235 Der Aufbau der Kapitalmarktunion ist auch Voraussetzung dafür, gestärkt aus der
236 Coronakrise herauszukommen. Die Wettbewerbsfähigkeit des Kapitalmarktes, damit
237 verbunden aber auch der Realwirtschaft, muss verbessert werden.

238 Heute muss ein europäisches Finanzunternehmen 27 KYC-Prozesse (Know-Your-Customer -
239 eine insbesondere für Kreditinstitute und Versicherungen vorgeschriebene
240 Legitimationsprüfung von bestimmten Neukunden zur Verhinderung von Geldwäsche) kennen

- 241 und anwenden, 27 nationale Steuersysteme beherrschen und sich mit 27
242 Finanzaufsichtsbehörden auseinandersetzen. Das erschwert die Skalierung des
243 nationalen Geschäfts auf ganz Europa. Zukünftig sollte jede neue europäische
244 Regulierung einheitlich in ganz Europa gelten. 27 verschiedene nationale Umsetzungen
245 müssen der Vergangenheit angehören.
- 246 Eigenkapital in den Händen Privater wird, wie die Covid-19-Krise lehrt, für
247 Risikotragung und Krisenbewältigung wichtiger denn je. Die Pandemie zeigt Europa
248 erneut, dass viele Unternehmen in der EU zwar gute Geschäftsmodelle haben, aber eine
249 schlechte Eigenkapitalausstattung besitzen. Es wird Zeit, das endlich zu ändern. Von
250 einer Kapitalmarktunion würden darüber hinaus auch die Verbraucher profitieren. Sie
251 hätten viel mehr Wahlmöglichkeiten und Schutz bei der langfristigen Vermögensanlage.
- 252 **Die Bundesregierung muss mit der hessischen Landesregierung zusammenarbeiten, um den**
253 **Finanzplatz Frankfurt an die Spitze Europas zu führen.** Frankfurt kann und sollte Kern
254 des europäischen Kapitalbinnenmarktes werden. Dazu sollten
- 255 • Hindernisse für grenzüberschreitende Finanzmarktaktivitäten abgebaut werden,
256 sodass Finanzinstituten das Kundenpotenzial des gesamten Kontinents zur
257 Verfügung steht. Das bestehende Kapitalmarktrecht in den 27 Mitgliedsstaaten
258 muss harmonisiert werden. Zur Forcierung der Harmonisierung sollte künftig jede
259 neue europäische Regulierung überall in der EU einheitlich umgesetzt werden;
 - 260 • die 16 Punkte des neuen Aktionsplans der EU-Kommission zur Kapitalmarktunion
261 dieses Mal zeitnah umgesetzt werden, damit die Eigenkapitalbasis europäischer
262 Unternehmen gestärkt wird;
 - 263 • keine zusätzlichen Risiken und Belastungen durch die Umsetzung von Sustainable
264 Finance, gerade auch beim Mittelstand, entstehen;
 - 265 • müssen die Bundes- und Landesregierung zusammen mit der Deutschen Börse Konzepte
266 entwickeln, um das Handels- und Clearinggeschäft, das derzeit noch in London
267 liegt, mit dem Brexit nach Frankfurt zu holen;
 - 268 • die Wirtschaftsförderung des Standortes Frankfurt muss wie in Frankreich Chef-
269 bzw. Cheffinnsache sein, und durch Roadshows, engagiertes Marketing, Stärkung
270 des Techquartier etc. verbessert werden;
 - 271 • ein in Frankfurt ansässiges Finanzgericht geschaffen werden, das internationale
272 Streitfälle nach englischem Recht und in englischer Sprache klärt;
 - 273 • die in Frankfurt ansässigen Wissenschaftsinstitute müssen weiter gestärkt
274 werden.

Begründung

Wer die Zukunft gestalten will, muss die Finanzmarktpolitik an die Herausforderungen unserer Zeit anpassen.

Der Finanzsektor ist mit allen anderen Wirtschaftssektoren eng verbunden. Ein effizienter Finanzmarkt ist Funktionsbedingung für eine florierende Wirtschaft und die Schaffung von

Wohlstand für Alle. Umgekehrt gilt: Leidet die Finanzwirtschaft, überträgt sich dies auf die gesamte Volkswirtschaft.

Der Finanzplatz Frankfurt hat eine einzigartige Bedeutung für die Finanzindustrie in Deutschland und Europa. Er ist Arbeitsplatz für über 70.000 Menschen in der Bankenbranche und zusätzliche 100.000 Beschäftigte in finanzverwandten Branchen. Banken, Versicherungen und Fondsgesellschaften haben ihre Hauptsitze oder wichtige Niederlassungen am Finanzplatz. Dieser ist Wissensregion mit seinen Forschungsinstituten wie dem House of Finance, dem u.a. das LOEWE Forschungszentrum SAFE und die Goethe Business School angeschlossen sind, sowie der Frankfurt School of Finance & Management. Ferner haben am Finanzplatz Frankfurt wichtige Institutionen wie die Europäische Zentralbank, die Deutsche Bundesbank, die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), der ESRB (European Systemic Risk Board), die Global Legal Entity Identifier Foundation (GLEIF), die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA), die European Insurance and Occupational Pension Authority (EIOPA) sowie die Deutsche Börse ihren Sitz. Als geografische Mitte Europas bietet Frankfurt mit seinem großen Flughafen einen wichtigen Verkehrsknotenpunkt. Der weltweit größte kommerzielle Internet-Knoten hat seinen Sitz in Frankfurt am Main.

Diesen einzigartigen Standortfaktor gilt es, auch im Bund zu unterstützen und weiter auszubauen. Leider hat es die Bundesregierung versäumt, den Finanzplatz Frankfurt für die Ansiedlung der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) erfolgreich zu vermarkten. Die Ansiedlung der EBA hätte als weiterer Magnet wirken können. Der für den Finanzplatz durch den Wirecard-Skandal entstandene Schaden ist enorm.

Der neue Aktionsplan der EU-Kommission zur Kapitalmarktunion ist daher zu begrüßen. Es ist allerdings entscheidend, dass die vorgeschlagenen 16 Punkte dieses Mal zeitnah umgesetzt werden und sich nicht erneut in einem zukünftigen Aktionsplan wiederfinden. Ziel des Aktionsplanes ist es insbesondere kleine und mittelständische Betriebe besseren Zugang zu Finanzierungs- und Kapitalquellen zu verschaffen. Kleinen und mittleren Unternehmen soll beispielsweise der Weg an die Börse erleichtert werden. Nicht unwichtig ist auch, die Harmonisierung der Besteuerung von Kapitalerträgen im EU-Ausland zu vereinfachen und das Insolvenzrecht anzugleichen. Zudem soll die Anlageberatung verbessert und damit Verbraucher gestärkt werden – allerdings in einer Art und Weise, die auf eine schlanke, klare und nachvollziehbare Information statt auf Papierberge setzt.

Ziel des Gesetzgebers muss es sein, den Finanzplatz Frankfurt an die Spitze Europas zu führen. Frankfurt kann und sollte Kern des europäischen Kapitalbinnenmarktes werden. Noch hat der Finanzplatz alle Chancen, wir müssen aber Geschwindigkeit aufnehmen. Im Mittelpunkt einer guten Finanzmarktpolitik müssen eine wettbewerbsfähige Regulierung, die Digitalisierung von Finanzmarktdienstleistungen sowie eine internationale Ausrichtung stehen.